



STUDIERENDENPARLAMENT DER UNIVERSITÄT POTSDAM

Postanschrift: Studierendenparlament • Am Neuen Palais 10 • Postfach 60 15 53 • 14 415 Potsdam
Sitz: Komplex I • Am Neuen Palais 10 • Gebäude 06
Kontakt: e-mail: praesidium@stupa.uni-potsdam.de • Fax: (0331) 977-1795
Präsidium: Florian Piepka • Andreas Vick • Jürgen Stelter

Potsdam, 5. März 2010

Liebe Studierende, liebe Parlamentarierinnen und Parlamentarier,

Hiermit laden wir zur 10. ordentlichen Sitzung des
12. Studierendenparlamentes der Universität Potsdam ein.

Termin: Dienstag, der 16. März 2010
19.00 Uhr bis 23.00 Uhr

Ort: Am Neuen Palais 10, Haus 8, Raum 0.59

Wir schlagen die folgende Tagesordnung vor:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Beschluss der Tagesordnung und Zeitplan
3. Beschluss des Protokolls vom 17.11.2009, 08.12.2009, 12.01.2010, 02.02.2010
4. Wahl des StWA
5. Gäste
6. Berichte
 - a. Berichte aus den Gremien
 - b. Berichte des StuPa-Präsidiums
 - c. Rechenschaftsberichte des AStA
- Anträge
 - a) Antrag von Andreas Kellner auf Distanzierung von "Solidaritätserklärung"
 - b) Antrag der GAL: Änderung der Satzung der Studierendenschaft
 - c) Antrag der Hochschulgruppe für internationale Politik auf Förderung des Projekts NMUN
 - d) Antrag von S.Greimel&M.Thiele auf Projektförderung KunstStillePost
 - e) Antrag von Arne Karrasch, hilfsweise vertreten durch StuPa-Präsidium, zu Anwaltskosten für 51€Klage
 - f) Antrag von Arne Karrasch, hilfsweise vertreten durch StuPa-Präsidium, zu Erstattung von GEW-Mitgliedsbeiträgen für 51€Kläger
7. Initiativanträge
8. Sonstiges

Wir bitten um inhaltliche Vorbereitung sowie pünktliches Erscheinen.

Anträge:

a) Antrag von Andreas Kellner auf Distanzierung von "Solidaritätserklärung"

Liebes StuPa,

wie viele von Euch auch habe ich anfangs mit Unverständnis auf den Artikel gegen die Wendefeierlichkeiten von unserem Antifa-Referenten reagiert. Derartige nationalistische und chauvinistische Denkweisen, wie sie da geschildert werden, erwartet man ja eher in extrem rechten Kreisen.

Leider wurde ich nun von der Richtigkeit des Artikels überzeugt, als ich den folgenden Artikel gelesen habe:

<http://www.dielinke-potsdam.de/politik/presse/detail/zurueck/presse-4/artikel/linkepotsdam-erklaert-sich-solidarisch-mit-studentischem-protest/>

>>...vergangenen Monaten weitgehend ohne Konsequenzen blieben, entschied sich die studentische Vollversammlung, es den Kommilitoninnen und Kommilitonen in Österreich und anderen Teilen der Bundesrepublik gleich zu tun: Um den Druck auf Unileitung und Landespolitik zu erhöhen, besetzten sie auf unbestimmte Zeit den größten Hörsaal am Neuen Palais.<<

In diesem Beitrag erklärt sich ausgerechnet eine systemkonforme deutsche Regierungspartei mit unseren studentischen Protesten solidarisch, während sie gleichzeitig in chauvinistischer und annektionistischer Manier Österreich zum deutschen Bundesland degradiert. Noch geschieht es beiläufig, aber die Richtung ist klar. Eine derartige Solidarisierung dieser vermeintlich linken aber doch "deutschen" Partei schadet eher den studentischen Anliegen als sie wirklich voranzubringen.

Ich beantrage daher hiermit, daß das StuPa sich von dieser "Solidaritätserklärung" deutlich distanziert.

Viele Grüße: Euer Andreas von der studentischen Alternativen Linken (stALin).

b) Antrag der GAL: Änderung der Satzung der Studierendenschaft

Das Studierendenparlament der Universität Potsdam möge beschließen:

Die Satzung der Studierendenschaft der Universität Potsdam wird in folgenden Punkten geändert:

- In § 8 Abs. 4 wird das Wort „Initiativantrag“ durch das Wort „Dringlichkeitsantrag“ ersetzt.
- § 9 Abs. 3 wird neu gefasst: „Nach Antragsschluss können nur noch Dringlichkeitsanträge in die Sitzung des Studierendenparlaments eingebracht werden. Sie bedürfen der Unterstützung durch mindestens drei Mitglieder des Studierendenparlaments. Über ihre Behandlung entscheidet das Studierendenparlament mit Zweidrittelmehrheit seiner anwesenden Mitglieder. Nicht behandelte Dringlichkeitsanträge sind als reguläre Anträge auf der nächsten

ordentlichen Sitzung des Studierendenparlamentes zu behandeln.“

(Nachrichtlich: derzeitige Fassung § 9 Abs. 3: „Nach Antragsschluss können nur noch Initiativanträge in die Sitzung des Studierendenparlamentes eingebracht werden. Sie bedürfen der Unterstützung durch mindestens drei Mitglieder des Studierendenparlamentes. Über ihre Behandlung entscheidet das Studierendenparlament mit einfacher Mehrheit seiner anwesenden Mitglieder. Nicht behandelte Initiativanträge sind als reguläre Anträge auf der nächsten ordentlichen Sitzung des Studierendenparlamentes zu behandeln.“

- In § 33 Abs. 2 wird das Wort „Initiativanträge“ durch das Wort „Dringlichkeitsanträge“ ersetzt.

Begründung: Dieser Antrag entspricht im Wortlaut der zweiten Version des Dringlichkeitsanträge-Antrags, wie er letzte Sitzung behandelt wurde. Der Grund, wieso wir diesen Antrag erneut stellen möchten, ist keineswegs ein "abstimmen, bis die mehrheit passt". Vielmehr hat uns das Abstimmungsverhalten der Parlamentarier/innen auf der letzten Sitzung darin bestärkt, diesen Antrag noch einmal zu stellen: mehr als 2/3 der anwesenden Mitglieder des StuPas stimmten für den Antrag. Da aber viele Parlamentarier/innen abwesend waren, wurde die notwendige Mehrheit dennoch verpasst. Auf einer besser besuchten Sitzung erhoffen wir uns deshalb, dass dieser in unseren Augen sehr wichtige Antrag die notwendige Zustimmung erhält.

c) Antrag der Hochschulgruppe für internationale Politik auf Förderung des Projekts NMUN

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Hochschulgruppe für internationale Politik der Universität Potsdam entsendet in diesem Jahr wieder eine Delegation potsdamer Studenten zu den National Model United Nations nach New York. Bei den NMUN in New York handelt es sich um die weltweit größte Simulation der Vereinten Nationen mit jährlich über 4000 teilnehmenden Studenten aus aller Welt. Auf der mehrtägigen Konferenz treten die Teilnehmer in den wirklichkeitsgetreu nachgebildeten Ausschüssen der Vereinten Nationen als Diplomaten auf und beweisen in energisch geführten Verhandlungen ihr diplomatisches Geschick. Trotz alledem steht die Veranstaltung in erster Linie im Zeichen der Völkerverständigung. Besonders die konsequente Anwendung des Grundsatzes, dass keine Delegation ihr eigenes Herkunftsland vertreten kann, trägt dazu bei, nationale Denkschemata zu durchbrechen und Verständnis für Positionen anderer Staaten zu entwickeln. Bei den Verhandlungen diskutieren Vertreter aus allen Kulturkreisen der Erde gleichberechtigt miteinander in dem Bemühen, politische Differenzen zu überwinden und gemeinsame Resolutionen zu verabschieden. Bei der Hochschulgruppe für internationale Politik handelt es sich um eine Vereinigung politisch interessierter Studenten der Universität Potsdam, die es sich zum Ziel gesetzt hat, internationale Politik durch die Verwirklichung konkreter Projekte praktisch erlebbar zu machen. Bei der vom 28.03.2010 bis 02.04.2010 stattfindenden Konferenz werden wir die Vertretung Litauens übernehmen. Dieses Ziel vor Augen, organisieren wir eine akribische Projektvorbereitung, die unter anderem Exkursionen und öffentlichen Seminaren an der Universität Potsdam umfasst. Die Teilnehmer dieser Veranstaltungen, darunter unsere Delegierten, erfahren unmittelbar von sachverständigen Diplomaten, Historikern, Politikwissenschaftlern, Rechtsgelehrten oder litauischen Staatsangehörigen alles Wissenswerte über die Vereinten Nationen

und Litauen. Unsere Delegation hält zudem interne Workshops ab, wobei sich die Delegierten gegenseitig unterrichten. Zurzeit fertigt die Gruppe ihre formalen Arbeitsdokumente an und macht sich mit den Abläufen in den Ausschüssen vertraut. Zudem stehen unsere Reiseplanungen kurz vor ihrem Abschluss. Nach der erfolgreichen Teilnahme der ersten Brandenburgischen Delegation bei einer internationalen MUN vor einem Jahr, haben wir uns schließlich auch dieses Mal wieder einiges vorgenommen. Wir wollen gemeinsam mit Studenten aus aller Welt über Kernfragen der internationalen Politik diskutieren, unser diplomatisches Geschick schulen, Praxis im Diplomatenenglisch bekommen und innovative Lösungen für die politischen Probleme der Gegenwart entwickeln. Außerdem werden wir auch dieses Jahr wieder die Gelegenheit nutzen, um im Vorfeld der Konferenz mit den ständigen Vertretern Deutschlands und Litauens bei den Vereinten Nationen zusammen zu treffen. Ohne Frage werden die NMUN in New York allen Mitwirkenden wertvolle Erfahrungen im Umgang mit Diplomaten auf einer internationalen Konferenz und unvergessliche Einblicke in die Arbeit der Vereinten Nationen gewähren. Die Hochschulgruppe für internationale Politik führt das NMUN-Projekt bereits zum zweiten Mal in Folge an der Universität Potsdam durch und ermöglicht dieses Jahr einer doppelt so großen Anzahl potsdamer Studenten die Teilnahme. Die Vorbereitungen werden von 2 Mitgliedern der Delegation des letzten Jahres geleitet und auch für die Zukunft zeichnet sich die erfolgreiche Fortsetzung dieser Multiplikatorenregel ab. Die Planungen für NMUN 2011 sind bereits in vollem Gange und mehrere Mitglieder der jetzigen Delegation bereiten sich schon auf die Übernahme der Projektleitung vor. Teilnehmer unserer Delegation sind ausschließlich Studenten der Universität Potsdam. Vertreten sind dabei unterschiedliche Fachbereiche. Unter anderem umfasst unsere Delegation Studenten der Politik- und Verwaltungswissenschaften, der Rechtswissenschaften, Geschichts- und Philosophiestudenten, Soziologiestudenten oder solche der französischen Philologie. Es erfolgte zudem keine Auswahl der Teilnehmer nach irgendeinem Raster. Eine zahlenmäßige Beschränkung existierte außerdem von Anfang an nicht. Stattdessen stand die Teilnahme jedem Interessierten offen, vorausgesetzt man erklärte sich zur Übernahme der individuellen Reise und Aufenthaltskosten bis zu einem Höchstbetrag von 1000€ bereit. Oberhalb dieser Marke, war die Einstellung des Projekts aufgrund unmöglicher Finanzierbarkeit angedacht. In einer öffentlichen Informationsveranstaltung im Oktober 2009 wurden zunächst die Hochschulgruppe und das NMUN-Projekt vorgestellt. Die Projektarbeit begann dann mit der Organisation von Veranstaltungen zur inhaltlichen Vorbereitung auf unsere Vertretungstätigkeit vor Ort in New York. So hielt die Hochschulgruppe am 12. und 13. Dezember 2009 ein Seminar am Campus Griebnitzsee zum Thema „Die Vereinten Nationen und Osteuropa“ ab und lud dazu Mitarbeiter der litauischen Botschaft, den ehemaligen deutschen Botschafter in Litauen, ehemalige Diplomaten der deutschen Vertretung bei den Vereinten Nationen sowie Dozenten des Menschenrechtszentrums ein. Weiterhin führten wir Exkursionen zum Auswärtigen Amt und zur litauischen Botschaft durch, die ebenfalls auch an Studenten ohne Bezug zum NMUN-Projekt gerichtet waren und offiziell von der PoWi-Fachschaft beworben wurden. Schließlich konnten alle in der Projektvorbereitung involvierten Personen als Delegierte bei NMUN gemeldet werden. Diese 15 Studenten werden ab dem 24.03.2010 die Reise nach New York antreten und unsere Universität bei den National Model United Nations 2010 vertreten. Um unsere Projekte finanzieren zu können, sind wir als rein studentische Hochschulgruppe allerdings auf Drittmittel und natürlich auf umfassende Eigenbeiträge unserer Mitglieder angewiesen. Besonders das NMUN-Projekt bringt uns angesichts der Reise- und Aufenthaltskosten sowie Meldegebühren an die Grenze unserer finanziellen Leistungsfähigkeit. In diesem Sinne möchte ich hiermit im Namen der Hochschulgruppe für internationale Politik freundlichst darum bitten, unser Vorhaben mit einem finanziellen Zuschuss **in Höhe von 3000€** aus dem StuPa-Projektmittelfond zu unterstützen. In den Anlagen zu diesem Antrag finden Sie den aktuellen Finanzplan, der über alle Kosten des

Projekts und die voraussichtlichen Einnahmen Auskunft gibt. Ich bedanke mich ganz herzlich für Ihre Mühe und würde mich über positive Resonanz sehr freuen.

Mit freundlichen Grüßen,
Franz Ritschel, Vorsitzender der Hochschulgruppe für internationale Politik
Potsdam, 11.02.2010

(Finanzplan auf der nächsten Seite)

Finanzplan

Berechnet ausgehend vom Umrechnungskurs vom 26.12.2009:

1 Euro = 1,44 Dollar

Gegenüberstellung der Kosten je Teilnehmer und der Kosten für Gruppe (15 Teilnehmer)

Posten	Kosten pro TeilnehmerIn	Kosten für die Gruppe (15 TeilnehmerInnen)
Beförderung		
Flug nach New York	500	7500
öffentl. Verkehrsmittel in NY	70	1050
Gesamt	570	8550
NMUN-Anmeldung		
TeilnehmerIn- Anmeldegebühr	87 (\$125)	1305
Registrierung der Gruppe bei NMUN	9	140 (\$200)
Gesamt	96	1445
Sonstiges		
Arbeitsmaterialien	5	75
Dokumentationsmaterial	10	150
Kommunikation	15	225
Gesamt	30	450
NY-Programm		
Veranstaltungsbesuche in NY	150	2250
Aufenthalt in New York		
Verpflegung in NY	300	4500
Unterkunft	430	6450
sonstige Ausgaben	100	1500
Gesamt	830	12450
Ausgabensumme	1.676	25.145

Einnahmen für das NMUN-Projekt 2010:

1 Hochschulanteil	0 €
2 Eigenanteil der Teilnehmer	Bis maximal 15000 €
3 Private Spenden	Bis zu 500 €
4 Förderung DAAD	Bis zu 5400 €
5 Förderung Rotary Club Berlin Lilienthal	Bis zu 2000€
Summe 1-4	Bis zu 22900 €

d) Antrag von S.Greimel&M.Thiele auf Projektförderung KunstStillePost

Sehr geehrtes Studierendenparlament,

hiermit beantragen wir eine Projektförderung für die Ausstellung des Konzeptkunstprojektes „KunstStillePost“.

Die Ausstellung basiert auf dem Konzept des Masterstudentens Martin Thiele, welches im Rahmen der Experimentellen Forschungsarbeit (Modul 8 des Studienplans EMW), entstanden ist. Die Ausstellung selbst – um deren Förderung wir hiermit bitten – geht über den regulären Studienverlauf hinaus und entsteht aus dem alleinigen, außeruniversitären Engagement der beiden Studierenden Stefanie Greimel und Martin Thiele.

Integriert ist die Ausstellung in das 48-Stunden-Neukölln Festival (25.06.2010 – 27.06.2010), welches dem in Potsdam entstandenen Konzept eine Bühne bietet und es als transmediales Projekt der Konzeptkunst realisieren wird.

Gegenstand der Förderung:

- Koordination des Künstlertausches und Werkrealisierung
- Organisation der Veranstaltung (Ausstellung, Räumlichkeit, Technik, etc.)
- Durchführung der Veranstaltung

Zeitraum für den Förderung beantragt wird:

01.03.2010 – 01.07.2010

Konzept

„KunstStillePost“, eine Idee der Konzeptkunst, welche im Rahmen des Studiums der EMW entstanden ist, wird diesen Sommer zu einer unabhängigen Ausstellung gebracht.

Organisation

Organisiert wird die Ausstellung mit zahlreichen internationalen Teilnehmern von zwei EMW Masterstudenten, Stefanie Greimel und Martin Thiele – letzterer ist auch mit einem Exponat an

der Ausstellung beteiligt. Die Organisation der Ausstellung findet außerhalb der studentischen Tätigkeit und ohne Einbindung in ein Universitätsseminar statt. Das Engagement sowie den zeitlichen und finanziellen Aufwand erbringen die beiden Studenten eigenverantwortlich.

Ausstellungsidee

Mit dem Auftrag der Übersetzung des jeweilig vorangegangenen Kunstwerks, haben 10 Künstler aus unterschiedlichsten Gattungen eigens für dieses Konzept ein Exponat entworfen, welche bei dieser Ausstellung erstmals gesammelt und öffentlich präsentiert werden. Eröffnet wird die Ausstellung mit einer performativen Show, die jedes einzelne Kunstwerk vorstellt und gegebenenfalls vorführt. Das heißt involvierte Tänzer werden tanzen, Texte verlesen und Musikstücke vorgespielt – das alles live und in der Abfolge die das gesamte Projekt zurückgelegt hat. Durch die Ausstellung wird unter allen Rezipienten und Schaffenden ein öffentlicher Diskurs über die Übersetzbarkeit von Kunst angestoßen. Die Reflexion über die Schnittstelle zwischen den jeweiligen Exponaten ist elementare Aufgabe der Ausstellung.

Rahmen

Die Ausstellung wird im Rahmen des Kunst und Kulturfestivals 48-Stunden-Neukölln vom 25.06.2010 – 27.06.2010 stattfinden.

Ausgaben KunstStillePost

Kalkulation 15.02.2010

Material Künstler	Posten	€
<i>Martin Thiele</i>		
Holz		40
Kreide		20
Kleinteile		10
<i>Justus Forchmann</i>		
Tonmischung		50
<i>Paulina Gedymin</i>		
Entwicklung		20
Pappe		20
<i>Adam Levine</i>		
Baumaterialien Skulptur		35
<i>Philippe Zwick Eby</i>		
Digitaler Bilderrahmen		100
Druck		30
<i>Daniel Hermann</i>		
Materialkosten Collage		200
Transportkosten		
Transport Organisation		
1 WE Pritschenwagen*		93
Kilometerpauschale		40
Lieferkosten UPS Deutsches Paket		354
Anfahrtskosten		
<i>Paulina Gedymin</i>		
Normalpreis 2.Kl. DB Warschau		96
<i>Philippe Zwick Eby</i>		
Normalpreis AirFrance		187,84
<i>Daniel Hermann</i>		
Sparpreis 2 Kl. DB Ludwigsburg		116
Technik		
2x Dedolight Koffer 3x100W 3Tage		234
4 x Sennheiser Kopfhörer 3Tage		60
Videobeamer NEC HT410 3Tage		147
Personalkosten		
Honorar Vorleser		150
Honorar Tänzerin		150
Materialkosten		
div. Aufhängvorrichtungen		30
Stoffe		30
Farbe 10L		35
Verpflegung		
Getränke, Knabbergebäck		110
Summe		2357,84

* Im Rahmen der Ausstellungsorganisation ist es notwendig, Exponate zu transportieren, deren sicherer und zügiger Transport mit öffentlichen Verkehrsmitteln nicht möglich wäre.

**e) Antrag von Arne Karrasch, hilfsweise vertreten durch StuPa-Präsidium, zu
Anwaltskosten für 51€Klage**

** Hinweis des Präsidiums: Im Antrag wird Wunsch nach nichtöffentlicher Behandlung geäußert – dem wollen wir nicht formell, sondern durch zurückhaltende Protokollführung zu dem TOP nachkommen.*

Das StuPa möge beschließen:

„In Anbetracht der Tatsache, dass die Musterklage gegen die Gebühren gemäß § 30 Abs. 1 (a) [alt] BbgHG ein neuer Rechtsbeistand gebraucht wird, soll der AStA schnellstmöglich einen neuen Rechtsbeistand finden. Die finanzielle Vergütung (Stundenlohn) für den neuen Rechtsbeistand darf dabei den bisherigen Rahmen nicht überschreiten.

Vor der Entscheidung über einen neuen Rechtsbeistand ist das Einvernehmen mit der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft sowie den drei Musterklägern in dem Verfahren vor dem Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg herzustellen.“

Begründung für den Antrag:

Die Klage gegen die Gebühren wurde im Jahr 2000 vom damaligen AStA initiiert und seitdem an jeden neuen AStA weitergegeben. Über die Jahre und die verschiedenen Hochschulgruppen hinweg wurde sie nicht infrage gestellt. Da der AStA selbst nicht klagen konnte, fanden sich damals 100 Studierende aus ganz Brandenburg zusammen, die gegen 100 DM Klage erhoben. Gegenüber den Klagenden steht man im Wort, dass ihnen selbst keine privaten Kosten entstehen, da sie stellvertretend für alle immatrikulierten Studierenden klagen. Das Ziel des Verfahrens ist es, die Rückmeldegebühren für verfassungswidrig zu erklären, um somit einen Erstattungsanspruch für alle Studierenden – und nicht nur für die MusterklägerInnen – zu erwirken. Das Verfahren liegt inzwischen vor dem Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg.

Die Kanzlei unserer bisherigen Anwältin löst sich auf, sie selbst will sich beruflich verändern und den Fall daher abgeben. Daher ist eine Nachfolge-Regelung notwendig. Der AStA steht bereits in Kontakt mit möglichen Nachfolgern; die Verhandlungen sind aber noch nicht abgeschlossen, weil vor Abschluss eines neuen Vertrags die Finanzen geklärt werden müssen. Da niemand voraussehen kann, wie groß der Arbeitsaufwand wird, könnten die Kosten für den Rest des Verfahrens 1500 Euro übersteigen. Daher wird dieser StuPa-Beschluss vorgeschlagen, der dem AStA als ausführendes Organ Verhandlungsspielraum beim Findungsprozess lässt und gleichzeitig klarstellt, dass der Stundensatz, der mit der bisherigen Anwältin ausgehandelt wurde, nicht überstiegen werden darf. Damit gibt es keine nennenswerten negativen Auswirkungen auf den Haushalt der Studierendenschaft; vielmehr besteht derzeit die Hoffnung, dass man günstigere Konditionen aushandeln kann.

Das Einvernehmen mit der GEW muss hergestellt werden, weil die gesetzlich anfallenden Kosten durch die GEW-Rechtsschutzversicherung getragen werden und die neue Vertretung daher formal von der GEW benannt werden muss.

Das Einvernehmen mit den Musterklägern muss hergestellt werden, weil sie es sind, die klagen und von dem neuen Anwalt/ der neuen Anwältin vor Gericht vertreten werden.

Ein zusätzlicher Honorarvertrag neben den gesetzlichen Gebühren ist notwendig, weil sich die gesetzlichen Gebühren nach dem Streitwert richten, der aufgrund der vergleichsweise geringen Gebühr in Höhe von 51 Euro pro Semester zu niedrig ist, um einen guten Rechtsbeistand zu binden.

f) Antrag von Arne Karrasch, hilfweise vertreten durch StuPa-Präsidium, zu Erstattung von GEW-Mitgliedsbeiträgen für 51€Kläger

Beschlusstext:

Die Studierendenschaft erstattet allen Klägerinnen und Klägern der sogenannten „51-Euro-Klage“, die zum Zeitpunkt der Klageerhebung an der Universität Potsdam immatrikuliert waren, die GEW-Mitgliedschaftsgebühren für den Zeitraum ab der letzten Auszahlung (November 2008) bis zum gegenwärtigen Monat. Sollte die Klage bis zum 30.9.2010 nicht abgeschlossen sein, erstattet die Studierendenschaft den Klägerinnen und Klägern die Gebühren bis zu diesem Zeitpunkt. Der monatliche Höchstbetrag der Auszahlung pro Person darf den Betrag, den Studierende an die GEW monatlich entrichten müssen, nicht übersteigen. Ebenso darf der erstattete Betrag nicht die tatsächlich entrichteten GEW-Beiträge übersteigen.

Begründung:

Seit dem Sommersemester 2001 klagen zahlreiche Studierende (ursprünglich 100 Studierende gegen 100 DM) aus ganz Brandenburg gegen die Immatrikulations- und Rückmeldegebühren, die seitdem von den Hochschulen verlangt wurden. Die neun Studierendenvertretungen Brandenburgs haben damals MusterklägerInnen gesucht, weil sie selbst nicht klageberechtigt waren. Den KlägerInnen wurde versprochen, dass ihnen privat keine Kosten entstehen werden, weil sie stellvertretend für alle Studierenden klagen. Die KlägerInnen nutzen dabei die GEW-Rechtsschutzversicherung. Die dadurch entstehenden privaten Kosten mögen durch die Studierendenschaft beglichen werden, damit ihr Versprechen eingehalten werden kann. Der Zeitraum, der beantragt wird, umfasst das Datum des letzten StuPa-Beschlusses (4.11.2008) bis zum Ende des laufenden Haushaltsjahres. Zukünftig sollte das Parlament überlegen, im Rahmen der Haushaltsberatungen eine Zweckbestimmung zu Gunsten der KlägerInnen im entsprechenden Haushaltstitel zu beschließen.